

gen, die dort Bemühungen entwickeln, von seiten der staatlichen Leitung verschleppt wird.

Wir haben im ländlichen Raum einen ganz dringenden Handlungsbedarf, auch deshalb, um dort unnötige Arbeitslosigkeit zu vermeiden im Hinblick auf die Gewerbe Dachdecker, Maurer, Klempner, Architekten, Arztpraxen, Tierarztpraxen, Autowerkstätten, Autowaschanlagen, vielfältige weitere Dienstleistungen und auch solche Tätigkeiten für Freiberufliche wie Umweltberater, Steuerberater, Agrolabors. All das ist konkret belegbar; es geht zu schleppend.

Aber ich möchte hier anmahnen und anmerken: Schon vor der Thematik dieser Fragestunde werden die Bauern in diesem Lande an die Wand gedrückt. Das scheint leider zu einer Grundmethode dieses Hauses zu gehören. Der landwirtschaftliche mittelständische Betrieb wird von dieser Regierung und von dieser Kammer vernachlässigt und benachteiligt, wenn die Probleme hier gestellt werden.

Ich frage deshalb den Finanzminister: Warum wird der ERP-Kredit nur bis zu 1 Mio M ausgereicht, obwohl davon die Rede war, daß er für das zweite Halbjahr von 1,2 Mrd. insgesamt auf 5 Mrd. erhöht wird? Für einen mittelständischen Landwirtschaftsbetrieb ist 1 Mio M in vielen Fällen nichts.

Ich frage deshalb den Landwirtschaftsminister: Wo bleiben die Förderungsmittel für entstehende bäuerliche Familienbetriebe und eingehende Regelungen für diese entstehenden und apolitisch angeblich geförderten Familienbetriebe?

Was die Flächenregelung betrifft: Wenn wir die Gleichberechtigung der Familienbetriebe und der Genossenschaften haben wollen, fehlt hier ebenfalls im Rahmen des mittelständischen Unternehmens deutliches Handeln des Staates.

(Vereinzelt Beifall)

Wir fragen deshalb weiter den Landwirtschaftsminister: Wenn Gleichberechtigung für entstehende Familienbetriebe und Genossenschaften auf dem Wege zu Produktivgenossenschaften, was wir als Fraktion nur voll begrüßen und unterstützen können, warum dann von vornherein Benachteiligung der entstehenden Produktivgenossenschaften und Kapitalgesellschaften in der Landwirtschaft in der Form, daß dort von vornherein im Staatsvertrag oder in den Gesprächen mit dem entsprechenden Bundesministerium überhaupt nicht an Förderungsmittel gedacht ist? Warum werden diese Betriebe gegenüber den entstehenden bäuerlichen Familienbetrieben von vornherein steuerlich benachteiligt, und warum werden sie von vornherein auch in Hinblick auf die Kreditpolitik benachteiligt? Verbirgt sich - das ist meine konkrete Frage an den Landwirtschaftsminister - ein wirtschaftliches, was kaum zu begreifen wäre, oder etwa ein politisches Konzept dahinter? Wenn das so wäre, hätte das mit der postulierten Gleichberechtigung der Entwicklung sicherlich nichts zu tun.

Wir fragen den Ministerpräsidenten: Wenn Boden - so sieht es ja das Treuhandgesetz vor - für industrielle und handwerkliche Unternehmen des Mittelstandes übergeben wird, mit der Rücknahme oder Rückgabe der Betriebe - wohlgemerkt: der Boden kostenlos -, warum ist dann für die landwirtschaftlichen entstehenden Familienbetriebe und Produktivgenossenschaften an ein derartiges Konzept überhaupt nicht gedacht? Warum ist das also vom Tisch gewischt? Warum steht dort nur Pacht und Kauf zur Debatte? Haben sich etwa die Betriebe, die seit der Bodenreform diese Flächen übernommen haben, nicht genau solche Mühe gegeben wie andere mittelständische Unternehmen?

Wir fragen den Wirtschafts- und den Landwirtschaftsminister: Es ist hier die Rede von der Förderung, oder es wurde hier mehrmals deutlich gesagt, daß sanierungsfähige und wettbewerbsfähige Industriebetriebe über die Treuhand und über andere Möglichkeiten natürlich gefördert und für unsere Volkswirtschaft erhalten werden sollen. Aber 90% der Landwirtschaftsbetriebe unserer Republik gehören in diesen Bereich - sanierungs- und wettbewerbsfähig. Warum, wenn das so ist, werden diese Betriebe dann einfach ins Aus gespielt, indem ganz

einfach die Frage der Förderungsmittel für das zweite Halbjahr - in der Landwirtschaft ist das durch den Preissturz und natürlich auch durch das 1 : 1 bei den Vergütungen ganz besonders kraß, der Finanzierungsvorschuß in der Landwirtschaft ist ja durch die diskontinuierliche Produktion höher - gegenüber den bundesdeutschen Stellen viel zu weich verhandelt worden ist?

Ich möchte hier eine krasse Zahl für die Landwirtschaft in den Raum stellen. Trotz dieses Preissturzes im 2. Halbjahr stehen für die Landwirtschaft der DDR ganze 2,8 Mrd. Förderungsmittel zur Verfügung - trotz dieses Preissturzes; denn einen solchen Preissturz hat es in der Bundesrepublik bisher nicht gegeben. Also 2,8 Mrd. für das 2. Halbjahr, aber in der Bundesrepublik, die Landwirtschaft ist etwa zweimal so groß wie die der DDR, stehen ohne Preissturz für das ganze Jahr 32 Mrd. Stützung zur Verfügung.

Und ich habe da wieder die Frage, ist das ein wirtschaftliches oder politisches Konzept? Danke.

(Beifall bei DBD/DFD und PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Als nächster spricht für die Fraktion CDU/DA der Abgeordnete Creter.

Creter für die Fraktion CDU/DA:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich sind von meinen werten Vorrednern die Argumente hinreichend erläutert worden, und ich muß Ihnen sagen, als Geschäftsführer der Handwerkskammer für ganz Thüringen weiß ich eigentlich, wovon ich rede. Jedes Wort, das hier gesagt worden ist im Hinblick auf die Schilderung der Situation im Handwerk, ist so wahr.

Aber, meine Damen und Herren, wir dürfen eigentlich nicht so vermessen sein und als Parlamentarier ständig den Schwarzen Peter an die Regierungsbank delegieren.

(Beifall bei CDU/DA)

Wahr ist nämlich, wenn wir uns an die Arbeit in den Ausschüssen erinnern - ich weiß nicht, wie es bei Ihnen ist, aber ich habe von verschiedenen Abgeordneten eben auch das, meinen persönlichen Eindruck, bestätigt bekommen -, es werden doch zu oft Haare gespalten und nicht im Sinne der Sache straffe Meinungen geäußert und zur Sache diskutiert und damit eigentlich die Politik gemacht, die unsere Wähler von uns erwarten. -

Ich denke, wir haben hier keine Zeit zu verlieren. Wir können uns nicht wochenlange Diskussionen leisten -

(Zuruf von der PDS: Bitte zur Sache!)

ja, ich bin eigentlich bei der Sache -, sondern wir müssen sehen, daß die Gesetzentwürfe, die jetzt vor uns liegen, auch möglichst straff abgehandelt und in Kraft gesetzt werden, und dazu gehören eben auch Wettbewerbs-, Niederlassungs-, Berufsbildungsgesetz und viele andere, die die Handwerker von uns konkret erwarten.

Und dort, meine Damen und Herren, ist unser Handlungsbedarf. Wenn ich ein Wort aus meiner Praxis sagen darf, wenn wir ab 1.9. dieses Jahres die Ausbildung als Handwerkskammern für das Handwerk übernehmen, dann heißt das nichts anderes, als daß wir mit Ausbildungsinhalten, die denen der Bundesrepublik adäquat entsprechen, die Ausbildung beginnen müssen.

Der Weg dahin scheint aber unüberwindlich, weil bis jetzt zu viele unklare Regelungen vorhanden sind an dieser Stelle, die es uns schwer machen, die Perspektive dort klar zu erkennen.

(Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner: Herr Abgeordneter! Gestatten Sie eine Zwischenfrage?)

Ja, bitte.